

Im Folgenden möchten wir Sie über die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung von personenbezogenen Daten im Rahmen unseres Hinweisgebersystems aufklären, wenn Sie einen Hinweis bei uns abgeben.

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich?

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung im Sinne des Datenschutzrechts ist die

RAD-x Management GmbH
L8 12
68161 Mannheim
Deutschland

Sie finden weitere Informationen zu unserem Unternehmen, Angaben zu den vertretungsberechtigten Personen und auch weitere Kontaktmöglichkeiten in unserem Impressum unserer Internetseite:

<https://rad-x.eu/de/impressum/>

2. Welche Daten von Ihnen werden von uns verarbeitet und zu welchem Zweck?

Die Nutzung des Hinweisgebersystems erfolgt auf freiwilliger Basis. Wenn Sie über das Hinweisgebersystem eine Meldung abgeben, erheben wir folgende personenbezogenen Daten und Informationen:

- Ihren Namen, sofern Sie Ihre Identität offenlegen
- Ihre Kontaktdaten, sofern Sie diese zur Verfügung stellen
- Die Tatsache, dass Sie eine Meldung über das Hinweisgebersystem getätigt haben
- Das Unternehmen, bei dem Sie beschäftigt sind (sofern angegeben)
- gegebenenfalls Namen von Personen sowie sonstige personenbezogene Daten der Personen, die Sie in Ihrer Meldung nennen
- Ihre Schilderung des Sachverhalts.

3. Auf welcher rechtlichen Grundlage basiert das?

Das Hinweisgebersystem dient dazu, Hinweise von (mutmaßlichen) Gesetzesverstößen oder schweren internen Regelverletzungen gegen unsere Unternehmen auf einem sicheren und vertraulichen Weg entgegenzunehmen und zu bearbeiten. Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen des Hinweisgebersystems stützt sich auf unser berechtigtes Interesse an der Aufdeckung und Prävention von Missständen und der damit verbundenen Abwendung von Schäden und Haftungsrisiken gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Betrifft ein eingegangener Hinweis einen oder mehrere Beschäftigte unserer Unternehmen, dient die Verarbeitung zudem der Verhinderung von Straftaten oder sonstigen Rechtsverstößen, die im Zusammenhang mit dem Beschäftigtenverhältnis stehen (§ 26 Abs. 1 BDSG). Die Verarbeitung der Identifikationsdaten des Meldenden erfolgt auf Basis einer abzugebenden Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO). Die Freiwilligkeit der Einwilligung ist dadurch gegeben, dass der Hinweis auch anonym abgegeben werden kann. Der Widerruf der Einwilligung kann allerdings in der Regel nur innerhalb eines Monats nach Erhalt der Meldung erfolgen, da wir in bestimmten Fällen nach Art. 14 Abs. 3 lit. a DSGVO verpflichtet sind, beschuldigte Personen über die erhobenen Vorwürfe und durchgeführten Ermittlungen innerhalb eines Monats zu informieren, einschließlich der Speicherung, der Art der Daten, der Zweckbestimmung Verarbeitung und der Identität des Verantwortlichen und des Meldenden. Eine Einstellung der Datenverarbeitung der Identifikationsdaten des Meldenden ist dann nicht mehr möglich. Zudem ist die Verarbeitung der

Daten nach dem Zeitpunkt bereits so weit fortgeschritten, dass eine Löschung nicht mehr möglich ist. Die Widerrufsfrist kann sich aber auch aus weiteren Gründen, teilweise erheblich, verkürzen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Art der Meldung die unmittelbare Einschaltung einer Behörde oder eines Gerichts erfordert. Sobald wir die Daten gegenüber der Behörde oder dem Gericht offengelegt haben, befinden sich diese sowohl in unseren Verfahrensakten als auch bei der Behörde oder dem Gericht und können nicht mehr gelöscht werden.

4. Wie lange werden die Daten gespeichert?

Personenbezogene Daten werden so lange aufbewahrt, wie es die Aufklärung und abschließende Beurteilung erfordert oder ein berechtigtes Interesse besteht oder dies aufgrund eines Gesetzes erforderlich ist. Danach werden diese Daten entsprechend den gesetzlichen Vorgaben gelöscht. Die Dauer der Speicherung richtet sich insbesondere nach der Schwere des Verdachts und der gemeldeten eventuellen Pflichtverletzung.

5. An welche Empfänger werden die Daten weitergegeben?

Eingehende Hinweise werden zunächst von der von mandatierten Rechtsanwaltskanzlei entgegengenommen, welche anschließend einen engen Kreis ausdrücklich autorisierter und speziell geschulter Mitarbeiter kontaktiert. Die Hinweise werden stets vertraulich behandelt. Die jeweiligen Personen prüfen den Sachverhalt und führen gegebenenfalls eine weitergehende fallbezogene Sachverhaltsaufklärung durch. In bestimmten Fällen besteht für uns die datenschutzrechtliche Verpflichtung, beschuldigte Personen von den erhobenen Vorwürfen zu informieren. Wenn das Risiko erheblich wäre, dass eine solche Information die wirksame Untersuchung des Vorwurfs oder zur Sammlung der erforderlichen Beweise gefährden würde, kann die zu erfolgende Information beschuldigter Personen so lange aufgeschoben werden, wie diese Gefahr besteht. Dabei wird die Identität von Hinweisgebern und Hinweisgeberinnen, sofern diese zuvor offengelegt wurde und soweit dies im Einklang mit Art. 14 Abs.3 lit. a DSGVO zulässig ist, nicht offengelegt. Beim wissentlichen Einstellen falscher Hinweise mit dem Ziel eine Person zu diskreditieren (Denunziation) kann die Vertraulichkeit nicht gewährleistet werden. Im Rahmen der Bearbeitung einer Meldung oder im Rahmen einer Untersuchung kann es notwendig sein, Hinweise weiteren Personen innerhalb unserer Unternehmensgruppe weiterzugeben, z. B. wenn sich die Hinweise auf Vorgänge einzelner Standorte beziehen. Wir achten stets darauf, dass die einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen bei der Weitergabe von Hinweisen eingehalten werden. Bei entsprechender gesetzlicher Verpflichtung oder datenschutzrechtlicher Erforderlichkeit für die Hinweisaufklärung kommen als weitere denkmögliche Empfängerkategorien insbesondere Strafverfolgungsbehörden, Kartellbehörden, sonstige Verwaltungsbehörden, Gerichte sowie von uns beauftragte Beratungsgesellschaften in Frage. Jede Person, die Zugang zu den Daten erhält, ist per Gesetz oder wird durch Vereinbarung zur Vertraulichkeit verpflichtet.

6. Wo werden die Daten verarbeitet?

Die Daten werden auf unserer hauseigenen IT-Infrastruktur und der IT-Infrastruktur der von uns mandatierten Rechtsanwaltskanzlei verarbeitet. Müssen die Daten an Dritte weitergegeben werden, dann erfolgt die weitere Verarbeitung dieser Daten dort außerhalb unseres Einflussbereichs.

7. Welche Rechte haben Sie als „Betroffene“?

Nach dem europäischen Datenschutzrecht haben Sie und die im Hinweis genannten Personen das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung sowie ein

Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und in bestimmten Fällen das Recht auf Datenübertragung. Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen. Der Widerspruch kann formfrei erfolgen und sollte möglichst an die in diesem Datenschutzhinweis aufgeführten Kontaktdaten erfolgen. Wird das Widerspruchsrecht in Anspruch genommen, prüfen wir umgehend, inwieweit die gespeicherten Daten noch erforderlich sind; insbesondere für die Bearbeitung eines Hinweises. Nicht mehr benötigte Daten werden unverzüglich gelöscht.

8. Wer ist die für den Datenschutz verantwortliche Person?

Sie können sich bei Fragen direkt an uns als datenschutzverantwortliche Stelle, vertreten durch unsere Geschäftsleitung, wenden. Diese erreichen Sie auch unter der E-Mailadresse: privacy@rad-x.eu

9. Wer ist die für uns zuständige Aufsichtsbehörde?

Sie haben das Recht, sich über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch uns bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz zu beschweren. Die für uns zuständige Behörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg
Königstraße 10a
70173 Stuttgart
Tel.: 0711/61 55 41 – 0
Fax: 0711/61 55 41 – 15
E-Mail: poststelle@ldi.bwl.de
Internet: <https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de>